



# **Schrittmacher**

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

**April 2016**



## **Geld sucht Anlagemöglichkeiten – im Gesundheitswesen**

*Die Krankenhauslandschaft in der Bundesrepublik befindet sich im Umbruch.*

🐾 Zwischen 1991 und 2013 sank laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland von 2411 auf 1996. Gleichzeitig stieg der Anteil der Krankenhäuser in privater Trägerschaft von 15% auf 35% an. Unter den verbliebenen Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft waren 2013 schon 59% in privatrechtlicher Form (z.B. als GmbH) organisiert.

Ein wichtiger Schritt, um Krankenhäuser zum attraktiven Investitionsobjekt für private Anleger zu machen, war die Einführung der

Fallpauschalen (DRG, diagnosis related groups) im Jahr 2004. Hierbei wird, unabhängig von der Verweildauer, eine Pauschale für die Behandlung einer bestimmten Krankheit gezahlt. Vorher galt das sogenannte „Selbstkostendeckungsprinzip“, d.h. die Krankenkassen zahlten die „laufenden Kosten eines wirtschaftlich arbeitenden Krankenhauses“. Kliniken, die heute in der Lage sind, Patienten zu geringeren Kosten zu behandeln als sie es durch die Fallpauschale vergütet bekommen, machen hierbei Gewinn.

➔ Fortsetzung auf Seite 2



### **Zusammenstehen**

*Zweite Aktionswoche bei Vivantes*

Nach November machte im Februar eine zweite Aktionswoche auf die Kampagne »Zusammenstehen« aufmerksam. Die Kollegen bei Vivantes fordern den TVöD für alle, Auflösung der Tochtergesellschaften, Übernahme der Kollegen in den Mutterkonzern und – wie auch schon bei der Berliner Charité – mehr Personal.

Ende Januar machten die betroffenen Therapeuten politisch Druck bei einem Zusammentreffen mit dem Berliner Finanzsenator Kollatz-Ahnen für die Auflösung der »Therapeutische Dienste GmbH«.

Für die »Service GmbH« fanden vier Wochen später erste Gespräche über einen Tarifvertrag statt. Das Ziel von ver.di auch dort: Anwendung des TVöD. So will ver.di nach und nach in allen Töchtern Verhandlungen für den TVöD führen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu vereinheitlichen. Das muss von einer mutigen und aktiven Belegschaft getragen werden.



## **Refugees welcome – Nazis raus!**

*Berlins Straßen nicht  
den Rechten überlassen!*

Am 12. März zogen rund 3.000 Neonazis und Rechtspopulisten gegen die Flüchtlingspolitik über mehrere Stunden durch das Regierungsviertel. Erschienen waren Biedermänner, Sympathisanten der islamfeindlichen Pegida-Bewegung, Hooligans, Rocker, offene Neonazis und »Reichsbürger«. Das Bündnis »Berlin Nazifrei«, Parteien, linke Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und der Türkische Bund Berlin-Brandenburg hatten zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Gekommen waren ca. 1.000 Menschen. Enttäuschend wenig. Die Nazis konnten ohne großen Widerstand durch Berlin marschieren. Die Behörden hatten mit 300 Teilnehmern gerechnet. Die Gegendemonstranten waren schockiert und wohl auch überrascht von der großen Teilnehmerzahl. Bisher konnten rechte Aufmärsche in der Hauptstadt immer noch beeindruckend gestört oder sogar verhindert werden. Gerade nach den letzten Landtags-Wahlergebnissen müssen wir die Aufforderung von Steffen Schmidt vom Bündnis »Berlin Nazifrei« sehr ernst nehmen: »Wir dürfen die Straßen Berlins nicht den Rechten überlassen. Nach Bautzen und Clausnitz ist es umso dringender, Nazis zu zeigen, dass sie hier nicht willkommen sind.« Refugees welcome – Nazis raus!«

**Gemeinsames Ziel von Beschäftigten und Patienten muss es sein, für den Erhalt von Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft zu kämpfen, bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen sowie das System der Fallpauschalen abzuschaffen!**

» Fortsetzung von Seite 1

Dies ist im Interesse der privaten Krankenhausbetreiber, da diese sich hauptsächlich auf die lukrativen, weniger risikoträchtigen „Fälle“ konzentrieren. Erkennbar ist das u.a. daran, dass private Kliniken mit 130 Betten im Durchschnitt deutlich kleiner und somit spezialisierter sind als öffentliche Krankenhäuser mit durchschnittlich 404 Betten. Das System der Fallpauschalen widerspricht hingegen den Interessen sowohl der Beschäftigten im Gesundheitswesen als auch der Patienten. Einführung von sogenannten „Profitcentern“, Lohnsenkungen, Stellenabbau, zunehmender Arbeitsdruck und zusätzlicher bürokratischer Dokumentationsaufwand sind die nicht zu übersehenden Folgen für die Beschäftigten. Für die Patienten bedeutet es, dass ihre Gesundheit aus Sicht der Krankenhausbetreiber tatsächlich zur Ware verkommt. So hat sich beispielsweise laut AOK die Zahl der Rückenoperationen nach Einführung der Fallpauschalen zwischen 2005 und 2010 mehr als verdoppelt, handelt es sich hierbei doch um eine „lukrative und planbare Leistung“.

Gemeinsames Ziel von Beschäftigten und Patienten muss es also sein, für den Erhalt von Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft zu kämpfen, bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen sowie das System der Fallpauschalen abzuschaffen! Von Seiten der herrschenden Politik aus CDU/CSU, SPD und Grünen ist allerdings keine Unterstützung zu erwarten, ganz im Gegenteil.

Die aktuelle Niedrigzinsphase bedeutet für Banken, Konzerne und vermögende Privatleute einen „Anlagenotstand“: Sie wissen nicht, wohin mit ihrem angesammelten Geld. Dies führt dazu, dass immer mehr Bereiche der öffentlichen

Daseinsvorsorge privatisiert und damit dem Profit-Prinzip unterworfen werden. Neben dem Gesundheitswesen betrifft das beispielsweise Strom- und Wasserversorgung, Wohnungsbaugesellschaften, Verkehr und die Altersvorsorge. Durch die „Schuldenbremse“ wird diese Entwicklung noch verschärft. Der Kampf gegen die Profit-Orientierung im Gesundheitswesen kann nicht isoliert davon erfolgreich geführt werden!



### **Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft**

*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*  
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132  
Büroöffnungszeiten:  
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr  
**Mail:** info@dkp-berlin.info

*Eure Schrittmacher-Redaktion*



# Charité-Leitung blockiert Tarifvertrag

*Charité-Vorstand will die Qualität der Pflege weiter unterlaufen.*

➤ Nach 8 Monaten Verhandlungen sollte der Tarifvertrag zur Mindestpersonalbemessung eigentlich bis zur Aufsichtsratsitzung am 18. März unterschriftsreif sein.

Nun forderte der Charité-Vorstand plötzlich, bei der Mindestbesetzung des Pflegepersonals einen »Qualifikationsmix«. Das würde bedeuten, dass Tätigkeiten, die früher von Pflegefachkräften ausgeführt wurden, künftig verstärkt von sogenannten Servicekräften erledigt würden.

Die Beschäftigten und ver.di lehnen dies zu Recht ab: Personalzuwachs auf den einzelnen Stationen dürfe nur durch qualifiziertes Fachpersonal geschehen.

Die Charité will anscheinend immer noch verhindern, dass es überhaupt zu einem Tarifvertrag für mehr Personal kommt – den Profit dabei immer fest im Blick.

Finanzierbar wäre dabei das Ganze durchaus. Der Tarifvertrag würde rund sieben Millionen Euro kosten. Genau ließe sich das noch nicht beziffern, da die Verhandlungen noch liefen, so Carsten Becker von der ver.di-Betriebsgruppe.

Doch anstatt den Einsatz der Beschäftigten zu würdigen, rühmt sich das Management damit, Gewinn zu erwirtschaften – als eine von wenigen Uniklinika deutschlandweit. Der

Jahresabschluss 2015 wies nach vorläufigen Zahlen ein Plus von 3,7 Millionen Euro aus. »Wenn Berlin nun gut drei Millionen dazugeben würde, wäre die Belastung für das Land gering, die Patienten wären aber gut versorgt«, so Becker. Das ist eine Summe, die im Vergleich mit anderen Haushaltsposten eher »Kleingeld« ist. Zudem wahrscheinlich nur ein Bruchteil dessen, was das Land Berlin eigentlich an Investitionen bezahlen müsste, aber nicht finanziert. Die fehlenden Gelder werden dann in den Krankenhäusern regelmäßig aus den Zuwendungen für den laufenden Betrieb – sprich von dem, was eigentlich für Personalkosten vorgesehen ist – genommen. Die Beschäftigten kämpfen zu Recht weiter um einen Tarifvertrag »Gesundheitsschutz«. Ein erster Auftakt war der Protest bei der Aufsichtsratsitzung. Für die weitere Auseinandersetzung brauchen sie die Unterstützung aller Berliner. Denn zu wenig Personal macht nicht nur die Beschäftigten krank, das gefährdet auch die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Das Land Berlin ist mehrfach in der Verantwortung: Als »Arbeitgeber« Charité hat es die Fürsorgepflicht den Beschäftigten gegenüber und als Land ist es für die Krankenhausinvestitionen zuständig sowie für die Gesundheitsversorgung der Berliner Bevölkerung verantwortlich.



## Zwei-Klassen-Medizin

*... bei Vivantes*

Wirtschaftssenatorin Yzer will mit einer Million Euro unserer Steuergelder Berlin zum »Medizintourismusstandort Nummer eins« machen. Diese staatlich finanzierte Werbung, erhalten auch private Kliniken, um ihre Erlöse zu steigern.

Auch der Vivantes-Konzern mit den fünf Vivantes-»Komfortkliniken« mischt mit und hat insbesondere zahlungskräftiges Klientel z.B. aus Saudi-Arabien. Über dieses Abkommen rümpfen inzwischen nicht nur Menschenrechtsorganisationen die Nase, nachdem allein im Januar 2016 der saudische König 47 angebliche »Terrorverdächtige« hinrichten ließ. Vivantes-Betriebsratschef Giovanni Ammirabile monierte gegenüber rbb online, daß der ärztliche Dienst durch die Behandlung der Medizintouristen weniger Zeit für die Patienten auf den regulären Stationen habe.

Und nicht mal finanziell scheint sich das Geschäft mit den reichen Scheichs zu lohnen: Laut dem jüngsten Geschäftsbericht der »Vivantes Komfortklinik GmbH« machte man 2014 nur rund 600.000 Euro Gewinn, weil die Patientenzahlen in den Komfortkliniken sanken. Trotzdem plant die Vivantes-Geschäftsführung weitere Komfortkliniken. Die Vivantes-Komfortklinik am Humboldt-Klinikum kostete rund 1,5 Millionen Euro.

## Spende für den Profit

*Facebook spendet sich in die TU Berlin und Charité ein*

Facebook-Chef Mark Zuckerberg war kürzlich in Berlin mit europaweiten Forschungspartnerschaften im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) im Gepäck. In der ersten Runde spendet der US-Konzern 25 Hochleistungs-server für ca. 1,1 Millionen Euro. Zu den ersten Empfängern gehört die TU Berlin. Dort und an der Charité sollen diese unter anderem in einem Projekt für die Analyse von Gewebeproben zur Brustkrebsbehandlung eingesetzt werden.

Das Facebook Artificial Research Lab (FAIR) soll die europäischen Institute nun bei ihrer Forschungsarbeit unterstützen. Solche Spenden sind nicht reines Gutmenschen-tum, es geht immer auch ums Geschäft – und da darf auch mal investiert werden. Insbesondere dann, wenn man das über Spenden macht und die US-Bürger dadurch mal gleich an den Kosten beteiligt.

KI-Methoden werden bereits jetzt bei Amazon Echo, Siri und Google Now verwendet und täuschen den Menschen vor, dass eine bessere Welt durch diese Technik entstehe und der Mensch perspektivisch zum Anhängsel der Technik werde.



### **Kontakt & Impressum:**

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132

**Mail:** info@dkp-berlin.info

**Web:** www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



# 1. Mai 2016

*Zeichen setzen gegen Sozialraub,  
Krieg und Rassismus!*

❖ Sicherlich fragt sich so manch einer vor dem 1. Mai – dem internationalen Kampftag für die Rechte der Werktätigen – warum soll ich dahin gehen?

Macht es überhaupt Sinn und wird nicht jedes Jahr das Gleiche erzählt? Sicherlich, so manches Mal kann man sich fragen, wen diese Demonstration mit dem langen Laufen durch die Stadt noch hinter dem Ofen hervorlocken soll. Auch wird es für viele Werktätige gerade in Großbetrieben so scheinen, als wäre vieles geregelt. Zwar greifen hier und da Veränderungen, aber im Großen und Ganzen? Erst wenn, wie im Berliner Siemens Dynamowerk vor wenigen Wochen, der Konzern einen Arbeitsplatzabbau ankündigt, wird einem bewusst, dass doch nicht alles so sicher ist. Die Siemensbeschäftigten in Berlin machten ihren Ärger in einer Demonstration vor den Werkstoren Luft. Es droht das Abrutschen in ungesicherte Verhältnisse. Und diese greifen immer mehr um sich. Die Entwicklung in der Berliner Arbeitswelt macht deutlich, dass durch die zahlreichen Gesetzesveränderungen der letzten Jahre die prekären Arbeitsverhältnisse immer weiter zunehmen.

Mehr als ein Drittel aller Werktätigen waren im Jahr 2014 in Berlin »atypisch«- also prekär - beschäftigt. Dabei hinterlässt atypische Beschäftigung tiefe Spuren in der Erwerbs-

biographie: niedriges Einkommen, unfreiwillige Teilzeit, Befristung und sonstige Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis bringen viele Menschen in eine längerfristig desolante Lage mit schlechter Arbeit sowie mit persönlicher, sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit.

Nicht zuletzt hat prekäre Arbeit die Machtbalance von Kapital und Arbeit in den Unternehmen und Verwaltungen verschoben. Überall dort, wo Normalarbeitsverhältnisse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden, ist die Fähigkeit und die Bereitschaft zur kollektiven Interessenvertretung zurückgegangen. Es ist also Zeit, dagegen ein Zeichen zu setzen und sich gemeinsam zu wehren.

### **Zeit für Solidarität**

Die Gewerkschaften haben ihr Motto dieses Jahr noch erweitert: „Not hat viele Gesichter: Armut, Krankheit, Flucht. Damit jeder Unterstützung bekommt! Zeit für Solidarität!“ heißt es auf den Plakaten. Und gerade jetzt, wo Rassismus wieder um sich greift, wo Menschen vor Krieg fliehen und an den vermeintlich sicheren Zielorten ihrer Flucht wie in Deutschland angegriffen werden, heißt es deutlich zu machen, dass Solidarität für alle gilt: Für Arme, für Kranke, für Erwerbslose, für Flüchtlinge – egal welcher Nationalität oder Religion. Deswegen: Heraus zum 1. Mai!